

06.12.2002

Planungsrecht zur Stärkung des Berliner Einzelhandels!

Immer wieder entstehen neue Einkaufszentren. Wenn sie irgendwo abseits von Berlins Zentren und Ladenstraßen entstehen, erleidet der Einzelhandel dort erhebliche Umsatzeinbußen. Viele Geschäfte mussten schon aufgeben. 10.000 Arbeitsplätze und die Qualität der Ladenstraßen sind verloren gegangen. Es ist ein Teufelskreis entstanden, weil mit dem Ladensterben oft auch der Branchen-Mix verlorengegangen ist. Dann bleiben die Kunden weg und auch die verbliebenen Läden bekommen Schwierigkeiten.

In drei parlamentarischen Anträgen fordert die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass die planungsrechtlichen Instrumente zum Schutz des Einzelhandels angewandt werden.

Wir fordern:

- die Nebensortimente aller künftig zu genehmigenden Möbelmärkte (auch Ikea) sollen auf 10 Prozent der Verkaufsfläche oder maximal 1.200 m² begrenzt werden,
- entlang der Landsberger Allee sollen keine neuen Einzelhandelsstandorte genehmigt, sowie Ausweisungen für noch nicht genehmigte Vorhaben zurückgenommen werden und
- der Beschluss über die „außergewöhnliche stadtpolitische Bedeutung“ der Einzelhandelsplanungen auf dem so genannten Bananengrundstück am Alex soll zurückgenommen werden und die Verkaufsflächenplanung von derzeit 39.000m² auf maximal 10.000 m² reduziert werden.□